

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.
Bekanntlich die Zeit 16 Pfg. Gehalt unbedingt postfrei; Samstag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Am nächsten Zeitungs-Bezugspreis unter Nr. 6516 eingetroffen.
Für die Redaktion verantwortlich: Max Schorre in Halle.
Erscheinung von 10/16 bis 12/1, Uhr.
[Herausgeber: Redaktion Nr. 2632. — Expedition Nr. 176.]

Stehennddreißigster Jahrgang.

Nr. 493.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 21. Oktober

1903.

„Wahlrechtsreaktionäre.“

Die Frage, ob und wie weit es unserem politischen Leben von Nutzen sein könnte, wenn Freirecht und Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Landtagswahlen zusammenhängen, fängt, nachdem auch der Parteitag der freirechtlichen Vereinigung nicht vermocht hat, solchen Nutzen in vollem Umfang zu erkennen, allmählich an, an Interesse zu verlieren. Nur einige wenige Organe noch fahren fort in dem Bemühen, ihr aktuellen Charakter aufzuspüren, aber auch deren Stimme verhallt gegenüber der allorts gelegentlich der Wahlvorbereitungen zutage tretenden Abneigung des liberalen Bürgertums, mit denen zu patieren, die sich noch unlängst vor der breitesten Öffentlichkeit als seine geschworenen Feinde erklärt haben und seine Gelegenheiten vorübergehen lassen, die bürgerliche Gesellschaft zu beleidigen und zu beschimpfen. Daß zu diesen wenigen Organen auch die „Nation“ des Herrn Dr. Theodor Warth gehört, kann weiter nicht wunder nehmen; war es doch Herr Warth, der sich mit heißen Bemühen bestrebt, die Idee einer freirechtlich-sozialdemokratischen Koalition in die westlichen Kreise hineinzutragen und in diesem Bestreben selbst dann noch nicht erlahmt, als von seinen eigenen Freunden einer nach dem andern abfiel und sich auf den gegenteiligen Standpunkt stellte.

Schon neulich, als mir in einem Beiratsartikel unter der Überschrift „Wahlrindnisse mit der Sozialdemokratie“ das Resultat der Generalversammlung der freirechtlichen Vereinigung zogen, gab mir unserer Verwunderung Ausdruck, daß ein so intelligenter Kopf wie der des Herrn Warth sich den Erwägungen, die die bürgerlichen Elemente zur Ablehnung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie führten, dauernd verschließen könne. Aber es zeigt sich immer mehr, daß Herr Dr. Warth sich in seine Idee derart verannt hat, daß es für ihn kein Jurid mehr gibt, obgleich auch die Sozialdemokratie, die sich anfangs in lauten Bramarbaschen über das Gewicht, das sie bei den Wahlen mit ihren Stimmen in die Waagschale legen würde, nicht genug tun konnte, neuerdings beträchtlich kleinlauter geworden ist, nachdem sie gesehen hat, daß sich die bürgerlichen Parteien darüber nicht im Hochstolz jagen lassen. Mit Bezug auf dieses Bramarbaschen aber schrieb wir in dem oben erwähnten Beiratsartikel wörtlich folgendes: „Die Sozialdemokratie überdies ist keineswegs ein selbst, wenn sie glaubt, auf Grund der bei den Reichstagswahlen erreichten Stimmenzahl ihre Bedingungen stellen zu können. Der entscheidende Faktor bei den Landtagswahlen ist zunächst immer noch die öffentliche Meinung der Stimmgabe und an dieser dürfen, zumal in den gegenwärtig sehr ungesicherten und wirtschaftlich arg dardiederliegenden Zeiten die führenden Personen innerhalb der Sozialdemokratie annehmen geneigt sind.“ Das ist jedenfalls logisch und deshalb auch nicht zu befechten. Denn es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen geheimer und öffentlicher Stimmenabgabe und vertritt eine ganz außerordentliche Verkenntnis der leider nur einmal bei öffentlichen Wahlen mit-sprechenden Faktoren, wollte man im Ernst von den Erfolgen der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen auf die gleichen Erfolge bei den Landtagswahlen schließen. Von sozialdemokratischer Seite selbst ist es früher oft genug betont worden, daß die Verengnis vor wirtschaftlichen Nachteilen viele ihrer Anhänger abhalte, an den Landtagswahlen, bei denen es doch die politische Meinung öffentlich zu betonen gilt, sich zu beteiligen, und daß diese Verengnis um so berechtigter und intensiver sein muß, je mehr die Erwerbsverhältnisse darniederliegen, wie kaum jemand im Ernst widerlegen wollen. An solchen Erwägungen kann und darf man auch nicht vorübergehen, wenn man, wie wir es tun und zu jeder Zeit getan haben, solche geradezu unmoralische Wirkungen des geltenden Landtagswahlrechts auf entschiedenste verurteilt, und wer weiß, ob Herr Dr. Warth nicht zu einer ganz anderen Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber gelangt wäre, wenn er nicht versäumt hätte, die Chancen eines Zusammengehens des Freirechts mit der Sozialdemokratie auch von diesem Gesichtspunkte aus zu erwägen.

Aber fast scheint es, als ob ihm in der Sache, in die er geraten ist, alle seine guten politischen und persönlichen Qualitäten abhanden gekommen sind. Warth hätte er sonst in der letzten Nummer seiner „Nation“ sich soweit ver-gewissen können, der „Saale-Zeitung“ ob dieser ihrer Erwägungen scharfsinnigere Bemerkungen zu unterstellen und, um dies tun zu können, fast den Teil unserer Betrachtungen losgelöst von ihrem Ausgangspunkte wiederzugeben, der ihm geeignet erschiene, diese Unterstellung zu stiften. Herr Warth gibt seinen Lesern wohl den zweiten Satz unserer oben zitierten Erklärung bekannt, unterläßt es aber wohlweislich, den ersten, durch den dieser Satz erst seine Bedeutung und Erklärung erhält, voranzuschicken. Der Vorwurf an sich ist uns natürlich zu einfach, als daß wir uns gegen ihn ver-teidigen sollten, ebenso einfach wie der weitere Vorwurf der „Nation“, uns mit den „Wahlreaktionären“ in einen Topf zu werfen. Die „Saale-Zeitung“ lebt hoch erhaben über solchen Anschuldigungen, das bedarf kaum noch einer besonderen Betonung, aber der Versuch, den folgereichsten Herr Dr. Warth unternimmt, unser politisches Festhalten zu untergraben, ist zu bezeichnend, als daß wir ruhig an ihm vorübergehen könnten. Was man ihn auch von dem mit-

berunden Umfand aus beurteilen, daß er aus einer ob der vielen Beschläge begrifflichen verärgerten Stimmung heraus gemacht ist, so scheint er doch zu beweisen, daß Herr Dr. Warth seinen Freunden auf der äußersten radikalen linken Seite bereits bedenklich nahe gekommen ist. Herr Dr. Warth sowohl wie seine „Nation“ wissen ganz genau, daß die „Saale-Zeitung“ in bezug auf die Wahlrechtsfragen durchaus auf dem Standpunkt steht und ihn in letzter Zeit wiederholt noch vertreten hat, der liberalen Auffassungen absolut entwürdig, und weil sie das wissen, charakterisiert sich ihr Angriff als illoyal, als Beweis für den Niedergang ihrer politischen Kampfesweise, die ja in neuerer Zeit auch von anderer Seite hinreichend genug gekennzeichnet worden ist, als daß wir ihr noch viele Worte zu widmen brauchten. Herr Warth geschieht schon recht, daß die exzentrizität „Hallische Ztg.“ sich ob seiner Auspassung vor Vergnügen schier zu überlassen sucht, obgleich ihre Auslassung zur Sache ihn durchaus Eignen staft und für das Blatt in Ansehung seiner bisherigen Stellung zur „Saale-Zeitung“ gleichgültig die Bedeutung eines Schlags in das eigene Gesicht erhält. Einem Politiker, der ernst genommen werden will, kann wirklich nicht Schlimmeres passieren, als die Zufriedenheit der „Hall. Ztg.“ zu erwecken. Sch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.
— Die Königin Wilhelmina der Niederlande und ihr Gemahl Prinz Heinrich sind in Begleitung ihrer medienburger Bewandten in Dobb in bei Kronrod, der Wohnung des Prinzen Heinrich, eingetroffen, wo die Herrschaften einen etwa achtstündigen Aufenthalt zu nehmen beabsichtigen. Danach werden Königin Wilhelmina und ihr Gemahl nach dem Haag zurückkehren.

Die Schulpflichtigen-Abolitionisten.

Nachdem der Reichsminister, durch den von ihm ernannten bisherigen Direktor des sächsischen Instituts in Bonn, den Ultramontanen Professor Schulte, freigelegt, zunächst die Ver-öffentlichung der Abolitionisten vom Jahre 1917 im Interesse der deutschen Ultramontanen unterlag, soll dieses Vor-gehen gegen die inparteiische wissenschaftliche Forschung immer wieder auf gemacht werden. Man hat dem wissenschaftlichen Beirat des preussischen sächsischen Instituts in Bonn freie Wahl gegeben und dieser hat nunmehr nach rein wissenschaftlichen Grundsätzen entschieden. Wie die „Deutsche Literatur-Zeitung“, die seinerzeit verurteilt befand, die „Saale-Zeitung“ zu demerken, von zuverlässiger Stelle erfährt, fand der Fall Schulte nunmehr freie Entscheidung, daß entsprechend den Anträgen des wissenschaftlichen Beirats und den Beschüssen des Reichsministeriums die Veröffentlichung des von Schulte gefundenen Abolitionistenmaterials in der nächsten Zeit erfolgt. Die Arbeit wird im Verlage von Zander & Hummel erledigt. — Ge-dachte nur für die deutschen Ultramontanen à la Schulte, die durch die wissenschaftliche Geschichtsschreibung in die Irre geführt sind, Ultramontanen bringen. Für die theologische Forschung auf protestantischer Seite werden die Veröffentlichungen der Redaktionen, die das Haus Jünger dem Vatikan auf Grund seiner Kommission über das Streitgebende Abolitionisten: erstattet, nur die Beschäftigung längt schlechterer Tatsachen bringen.

Politisches.

— Alles, was nicht dem Zentrum angebott, steht in Bayern unter der Herrschaft der ultra-montanen Macht. — Die bayrische Politik wird im wesentlichen nicht im Landtag, sondern schon in der Stille der katholischen Kreise des Landes, besonders Münchens, erledigt. Diesen Einflüssen ist auch der Sturz des bisherigen Ministerpräsidenten Herrn v. Grafenhausen zuzuschreiben. Hierüber kam es in der bayrischen Kammer am Montag zu heftigen Debatten. Dabei verlor der Ministerpräsident eine kurze Erklärung des Gesamtstaatsministeriums, die nicht allzuviel Glauben fand, daß die Krone sich gegen jede Einmischung in ihr Ernennungsrecht ver-wahre und nur, um eine Segenbildung zu vermeiden, erkläre, daß der Sturz v. Grafenhausens auf Differenzen im Ministerium zurückzuführen sei, die mit Parteipolitik nichts zu schaffen haben, eine Veränderung in der Regierungsgewalt sei dadurch nicht erfolgt, die Regierung werde sich durch seine Partei in dem Streben, das Beste Bayerns und des Reichs zu pflegen, bestreuen lassen. Der Minister erwiderte allerdings mit seiner barocken Erklärung, der katholische Pres-verein sei kein politisches Gremium, sondern eine Partei. Er spezt ganz im Zentrumssinn aus.

— Der „Homb. Anz.“ erzählt, daß Herr Wallin unmittelbar nach den Reichstagswahlen in einem Einzelgespräch aller-dings gesagt habe, daß er unter dem Eindruck des Wahl-ergebnisses an dem „Aller-ersten Wahlrecht“ irre geworden sei. Das sei aber nur eine heilsame Bemerkung gewesen, Herr Wallin habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er es weder für sein Geschäft noch für möglich halte, das Reichstagswahlrecht zu ändern.

— Die D. Marxenzugabe, die den unter schwierigen Verhältnissen wirkenden deutschen Beamten gewährt werden soll, soll auch denjenigen Subalternbeamten, Konsuln und Unterbeamten zuteilwerden, die am 1. April d. J. in den Ruhestand abgetreten sind. Ebenfalls soll dem 31. d. in den letzten Monaten, die nach dem 1. April verstorben sind, die bis zum Erlöschen der Gehaltsansprüche fällige Rate der D. Marxenzugabe gezahlt werden.

— Die Strafverurteilung in Granden verurteilte den polnischen Reichstagsabgeordneten Bednar Kulerski zu 400 M. Strafe wegen Aufregung durch den Kundgebung mit dem Kampfle: „Noch ist Polen nicht verloren.“

Politisches.
— Die amtliche „Stat. Anz.“ berichtet über eine kaiserliche Erhebung, deren Zweck es gewesen ist, zu ermitteln, ob der Fiskalkommissarisch gebundene Großbetrieb wesentlich zur Aufnahme der künftlichen Bevölkerung mitwirkte. Aus dem genannten Fiskalmaterial hat sich nach der Störungs-forschung kein nachteiliger Einfluß der Fiskalkommissar auf die Bevölkerungsbewegung im allgemeinen feststellen lassen. Was man die Abwanderung im ganzen oder nach einzelnen Berufsgruppen betrachtet, in keinem Fall nehmen unter den 3 Arten von Kreisen die mit besonders ausgedehntem Fiskalkommissar die ungenühtige, amnesti vielmehr auch im Osten die ungenühtige Stellung ein. Es die Statistik überall mit ganz richtigen Voraussetzungen rechnet, hieße jedoch das Gegenteil.

See und Flotte.
— Der Oberst Korn, Kommandeur des Kadettenkorps, ist gestern unerwartet schnell gestorben. Eine zur Freitagsfeier seiner Eltern am nächsten Tag im Juli und August durchgeführte Star in Bad Gastein brachte scheinbar Besserung. Oberst Korn war seit März dieses Jahres Oberst und Kommandeur des Kadettenkorps.

— Die hiesigste Militärbevollmächtigte des deutschen Schuttschiffvertrags findet am 31. Oktober unter der Aufsicht des Großherzogs von Oldenburg in Berlin, Hotel „Baltischer“ statt.

— S. M. S. „Stoß“ ist am 18. d. in Rastha eingetroffen und geht am 26. d. von dort nach Port Gafres auf Santa Lucia in See. „Bantzer“ ist am 16. d. in St. Thomas eingetroffen. „Bogel“ und „Falk“ gehen am 23. d. von Rastha (Zanzibar) nach St. Thomas ab. „Horn“ geht am 21. mit dem 2. Kommando des Kreuzergruppenkommandos, Kommandant Graf von Baudissin, an Bord am 20. d. in Uraga (Japan) eingetroffen. „Jüdis“ ist am 20. d. von Songlong nach Canton in See gegangen.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht einen Entsch des Finanzministeriums über die Erleichterung des Zahlungs-verkehrs bei den Regierungskontrollstellen und deren Spezialstellen.

— Der „National-Anzeiger“ wird bestätigt, daß Herr v. Arnberg am 18. Oktober auf Grund einer militärgerichtlichen Verurteilung aus dem Staatsdienst in Bezug auf die Absetzung für Verdienstleistungen bei der Straf-anstalt in Maastricht übergeben worden.

— Der Verein „Fähringer Presse“, der am Montag in Erfurt im „Europäischen Hof“ tagte und aus ganz Thüringen Zutritt bezieht, wurde, beanstandete die vielen harten Urteile der Justiz gegen die Presse und protestierte gegen das Zeugnis-ausgabeverfahren. In einem Telegramm wurde dem Reichsminister die Bitte um die „Hilfe“ einer Sympathie-anstalt in Maastricht sehr unangenehm. Der Verein gegenüber dem dortigen Zwangsverfahren.

Landtagswahlbewegung.

— Minister D. v. Dobschütz ist in der „Neuen Welt“ veröffentlicht. Die Erklärung zu seiner Landtagsabandauer. Er sagt: Es ist richtig, daß ich keine Meinung habe, einer poli-tischen Partei beizutreten und daß hierbei auch der Grund mit-berührt, daß ich in meiner Tätigkeit als angeleiteter öffentlicher Redakteur der hiesigen Landesblätter von allen Parteien liebevolle Unterhaltungen empfangen. Mein Wunsch aber ist es der eine, oder auch nur der Hauptgrund der Abweisung. Eine Partei hat mich nicht abgewiesen, sich auch an politischen Kampfen zu beteiligen. Es muß ich doch niemals Gutes und Lust haben. So ist es auch jetzt noch. Was mich aber bewegt, eine etwaige auf mich fallende Wahl anzunehmen, ist keineswegs nur der an sich nicht unbegründete Grund, den ich mir selbst zwischen den beiden vorliegenden Parteien unserer Wahlkreise auszuwählen, indem ich meine eigene Person in die Mitte stelle, sondern vielmehr ist es die Hoffnung, auf dem Gebiete der Sozialistischen Bewegung, wo es die weitestgehenden Parteifreundschaft bezeugen, und auf dem ich mich mit Vorliebe gearbeitet habe, meinem Volk und Vaterland noch ein wenig nützen zu können. Es sind die beiden großen Fragen: Erlöschen der geistlichen Abordnung zur Abhilfe der Not aller Arbeitenden, der Unterhaltungs- und Unter-stützung, und zweiten, der Sozialmachnung unseres Volkes in Stadt und Land auf eigener Scholle, so weit das überhaupt möglich ist, ebenfalls durch ein eigenes Beispiel zu erlebenden Gele, welche mich seit Jahren mächtig bewegen. Es ist wahr, daß ich mit ganzer Kraft meiner Seite meinem Volke seinen Glauben und seine Liebe zu König und Vaterland und alles, was es sonst etwas beist, z. B. die funktionelle Schule er-halten wissen will, doch dazu brauche ich nicht nach Berlin zu gehen. Für die genannten beiden großen Fragen aber hoffe ich durch meine persönliche Anwesenheit nicht ganz vergeblich zu arbeiten und gerade auf diesem Gebiete habe ich auch bei Männern anderer politischer Parteistellung stets höchsten Be-zug finden können. Ich habe also auch durch kein Bedürfnis, mich einer politischen Partei anzuschließen, da ich von allen Parteien auf Unterstützung dieser wichtigen Aufgabe hoffen kann.

Statistisches.

— Am 12. September hat in Darses-Salam in Ostafrika eine Versammlung von Plantagen und Kaufleuten unter dem Vorsitz des Gouvernements Grafen von Goeben statt, die sich mit der wirtschaftlichen Lage Deutsch-Ostafrikas beschäftigte. Es wurde, nach der „Deutsche-Militär-Ztg.“ eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

Die zu Darses-Salam am 12. September 1903 versammelten Vertreter der Kaufmannschaft und der Planter Deutsch-Ostafrikas richten an den Reichstag die Besonderen die dringende Bitte, daß er und die Kaiserliche Regierung ihren ganzen Einfluß ausüben möchten, um die gegenwärtigen Notverhältnisse des Reiches von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika zu überzeugen. Die wirtschaftliche Lage der Kolonie ist infolge des Mangels an Einrichtungs-berufen sich alle Notverhältnisse zu verschärfen, in eine schwere, wirtschaftliche Krise geraten, deren Ende nicht abzusehen ist. Nur die schnellste Inangriffnahme der notwendigen Eisenbahnbauten kann uns Hilfe

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Hauptversammlung der Vereinigten Oberschlesischen Walzwerke beschloß, die Verkaufsstelle zu beauftragen, weitere Walzwerke für das nächste Quartal nur zu einem...

Die Generalversammlung der Werkzeugmaschinenfabrik 'Vulkan' in Chemnitz genehmigte die Zahlung von 100 M. auf je 300 M. Aktien...

Die Hauptversammlung der Harzer Werke beschloß die Deckung des Verlustes von 149.528 M. aus dem Vermögensfonds...

Buenos Aires, 19. Okt. Goldagio 127,27. Rio de Janeiro, 19. Okt. Wechsel auf London 129,24.

Zahlungs-Einstellungen.

Table with columns: Namen, Wohnort, Amtsgericht, Erfüll.-Termin, Anm.-Termin, Frist, Frist, Verfall-Termin, Zahl.-Termin. Lists various companies and their payment terms.

Wochenbericht über den Markt für Bergwerksaktien, 'Kuxe' mitgeteilt von S. Zielenziger, Bankgeschäft, Berlin, Essen a. R.

Die gültige Geschäftslehre am Kohlenkuxenmarkt sieht weiter an der Versteigerung gewannen nach als Leihfrist. Der Markt für Kalkwerte weilt...

Preise von Kalk-Kuxen, festgesetzt von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen, 20. Okt.

Table with columns: Kalk, Preis, Kalk, Preis. Lists prices for various types of lime and related products.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

New York, 20. Okt. (Tel.) Roter Winterweizen loco 86 vorige Nulterung 86 1/2, Oktober (-), Dezember 86 3/4 (86 1/2), Mai 87 1/2 (87 1/2), Juli 80 1/2 (-), Mais November (-) Dezember 50 1/2 (50 1/2), Mai 43, 43, Mehl 3/70 (3/70) Getreide nach 1 1/2...

Wasserstände (+ bedeutet über, - unter Null) Artern, Brückenpfeiler 19. Okt. + 0,56 20. Okt. + 0,56 ...

Moldau, Iszer, Eger, Elbe. Budweis 19. + 0,36 20. + 0,36 ...

Schleppverkehr auf der Saale. Angenommen von Halle a. S. 23. Okt. Schlepper Nr. 1307, Sr. Franke, Nr. 29, Sr. Näbert, Nr. 363, Sr. Schneider, mit Stückgut von Hamburg.

Berliner Börse, 20. Okt. (Ergebnis zu den telegr. Meldungen in der Zeit. Abendblatt.)

Table with columns: Bank-Diskonto, Deutsche Fonds- u. Staatspap., Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktionen, Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists various financial instruments and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Pfand- u. Rentenbriefe. Lists specific railway bonds and their prices.